

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 837
der Abgeordneten Ursula Nonnemacher
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 5/2015

Zur Situation von Flüchtlingen

Wortlaut der Kleinen Anfrage 837 vom 21.09.2010:

Die Unterbringungssituation von Flüchtlingen im Land ist nach Meinung von Flüchtlingsgruppen und Menschenrechtsorganisationen nach wie vor menschenunwürdig. In Gemeinschaftsunterkünften fristen Flüchtlinge über Jahre hinweg ein ausgegrenztes Dasein. Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz liegen die Sozialleistungen für Flüchtlinge inzwischen mehr als 35 % unter den Hartz-IV-Regelsätzen und werden überdies als Sachleistung gewährt. Viele Flüchtlinge werden in dieser Situation psychisch krank.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Unterbringungssituation von Flüchtlingen?
2. Beabsichtigt die Landesregierung, die Mindeststandards, die im Runderlass vom 8. März 2006 festgeschrieben sind und am 31. März 2011 außer Kraft treten, zu verändern? Wenn ja, wie?
3. Wer kontrolliert die Einhaltung der Mindeststandards beim Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften?
4. Wie oft werden derartige Kontrollen durchgeführt? Wann ist die letzte Überprüfung erfolgt? (bitte nach Heimen aufschlüsseln)
5. Wie wird die Beseitigung von Mängeln überprüft?
6. Wer betreibt die Gemeinschaftsunterkünfte und welche Laufzeit haben die Verträge? (bitte nach Heimen aufschlüsseln)
7. Wie viele Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge sind im Heim und wie viele außerhalb des Heimes untergebracht? (bitte nach Unterbringungsform und nach Landkreisen in Asylsuchende und Geduldete aufschlüsseln)
8. Wie viele Anträge auf Auszug aus dem Heim wurden gestellt und wie viele wurden abgelehnt?
9. Wie wird die dezentrale Unterbringung von der Landesregierung gefördert?
10. Welche Leistungsform (Bar- oder Sachleistungen) erhalten
 - a. Asylsuchende / Geduldete in Gemeinschaftsunterkünften
 - b. Asylsuchende / Geduldete in Wohnungen?(bitte nach Landkreisen in Asylsuchende und Geduldete aufschlüsseln)

Datum des Eingangs: 22.10.2010 / Ausgegeben: 27.10.2010

11. Wie bewertet die Landesregierung das Sachleistungsprinzip?
12. Wie ist die medizinische Versorgung von Flüchtlingen organisiert?
13. Ist die schulische Bildung der Kinder von Flüchtlingen gewährleistet? Wie viele Kinder von Flüchtlingen besuchen eine Schule? (bitte nach Schultypen aufschlüsseln)
14. Wie viele Integrationskurse zum Erlernen der deutschen Sprache wurden bisher durchgeführt? Wie viele Personen nahmen daran teil? Wie viele berechnete Personen gibt es?
15. Wie viele Alphabetisierungskurse wurden bisher durchgeführt? Wie viele Personen nahmen daran teil? Wie viele berechnete Personen gibt es?
16. Welche Anschlussprojekte nach den Integrationskursen gibt es bereits? Welche sind geplant?
17. Wie wird der Besuch von Integrationskursen zum Erlernen der deutschen Sprache und Alphabetisierungskursen von der Landesregierung gefördert?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Wie bewertet die Landesregierung die Unterbringungssituation von Flüchtlingen?

zu Frage 1:

Die in der Einleitung der Kleinen Anfrage wiedergegebene Einschätzung, wonach die Unterbringung von Flüchtlingen menschenunwürdig sei, ist unzutreffend. Die Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen erfolgt entsprechend der Bundesgesetzgebung vorwiegend in Gemeinschaftsunterkünften. Gegenwärtig gibt es noch 18 Gemeinschaftsunterkünfte im Land Brandenburg. Grundsätzlich ist festzustellen, dass Lage und Qualität der Gemeinschaftsunterkünfte in den Landkreisen und kreisfreien Städten naturgemäß unterschiedlich sind. Es gibt eine Vielzahl günstig gelegener und gut geführter Unterkünfte, in denen die persönlichen Einschränkungen so gering wie möglich gehalten werden und eine qualitativ hochwertige soziale Beratung und Betreuung für Flüchtlinge gewährleistet ist. Gerade die im Runderlass des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie vom 08. März 2006 festgelegten Mindestbedingungen für den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften und die soziale Betreuung nach der Erstattungsverordnung zum Landesaufnahmegesetz bieten die Gewähr, dass ein menschenwürdiges Leben sichergestellt wird.

Die Tendenz der dezentralen Unterbringung hat sich in den letzten Jahren im Allgemeinen verstärkt. Die Stadt Cottbus und der Landkreis Prignitz haben z. B. die großen Unterkünfte aufgelöst und zentral Wohnungen angemietet. Über die Art der Unterbringung und der Gewährung einer Wohnung haben die zuständigen Behörden der Landkreise und kreisfreien Städte nach eigenem Ermessen zu entscheiden. Das Sozialministerium hat die Landkreise und kreisfreien Städte bereits mit Runderlass zur Unterbringung in Wohnungen vom 20. Juli 1998 auf eine einzelfallgerechte Ermessensprüfung hingewiesen, die Kriterien wie gesundheitliche Gründe, familiäre Verhältnisse und die Verweildauer in der Gemeinschaftsunterkunft berücksichtigt.

Vom Sozialministerium werden Projekte zur mobilen Heimberatung gefördert, die die Landkreise und kreisfreien Städte sowie die Betreiber landesweit durch Information, Beratung und Streitschlichtung (Projekt FaZIT) unterstützen. Dies hat seither zur Konfliktvermeidung und Verbesserung der Unterbringungssituation in vielen Einzelfällen geführt.

Frage 2: Beabsichtigt die Landesregierung, die Mindeststandards, die im Runderlass vom 8. März 2006 festgeschrieben sind und am 31. März 2011 außer Kraft treten, zu verändern? Wenn ja, wie?

zu Frage 2:

Grundsätzlich haben sich die Mindestbedingungen für den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften und die soziale Betreuung aus Sicht der Landesregierung bewährt. Im Sinne weiterer Verbesserungen ist beabsichtigt, die Mindestbedingungen unter Einbeziehung von Sachverständigen auf einen möglichen Änderungsbedarf hin zu prüfen. Um den hierfür erforderlichen zeitlichen Rahmen zu erhalten, soll der Runderlass vom 8. März 2006 für ein Jahr verlängert werden.

Frage 3: Wer kontrolliert die Einhaltung der Mindeststandards beim Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften?

zu Frage 3:

Die Landkreise und kreisfreien Städte haben die Aufgabe die Einhaltung der Mindestbedingungen in den Gemeinschaftsunterkünften zu kontrollieren. Dem Sozialministerium obliegt es im Rahmen der Sonderaufsicht im Fall von konkreten Beanstandungen, zu prüfen, ob die rechtlichen Bestimmungen eingehalten werden.

Frage 4: Wie oft werden derartige Kontrollen durchgeführt? Wann ist die letzte Überprüfung erfolgt? (bitte nach Heimen aufschlüsseln)

zu Frage 4:

Die Häufigkeit von Kontrollen sowie der Zeitpunkt der letzten Überprüfung wurden von den Landkreisen und kreisfreien Städten, wie in der nachfolgenden Tabelle dargestellt, angegeben:

Landkreis/kreisfreie Stadt/Gemeinschaftsunterkunft	Anzahl der Kontrollen im Jahr	letzte Überprüfung
Brandenburg a. d. Havel	unregelmäßig zeitliche Abstände	September 2010
Cottbus	mehrmals im Jahr	August 2010
Frankfurt (Oder)	jährlich	April 2010
Potsdam	jährlich	09.08.2010
Barnim	mehrmals im Jahr	02.09.2010
Dahme-Spreewald	monatlich	01.09.2010
Elbe-Elster	jährlich	Juni 2010
Havelland	monatlich	September 2010
Märkisch-Oderland	zweimal im Jahr	März 2010
Oberhavel	jährlich	07.10.2009
Oberspreewald-Lausitz	monatlich	08.09.2010
Oder-Spree	jährlich	September 2009
Ostprignitz-Ruppin	alle 1-2 Monate	08.09.2010
Potsdam-Mittelmark	jährlich	22.09.2010
Prignitz	monatlich	06.09.2010
Spree-Neiße	jährlich	Mai 2010
Teltow-Fläming	jährlich	07.04.2010
Uckermark	zweimal im Monat	15.09.2010

Als Besonderheit anzumerken ist, dass der Landkreis Oberhavel sowie die Stadt Frankfurt (Oder) selbst Betreiber der Gemeinschaftsunterkünfte sind. Die Einhaltung der Mindestbedingungen wird in diesen Fällen – ungeachtet der Kontrollmöglichkeiten durch das MASF bei konkreten Anlässen im Rahmen der Sonderaufsicht – gleichwohl durch die jeweiligen Fachbereiche Soziales und Wohnen sichergestellt. Der Landkreis Oberhavel hat diesbezüglich mitgeteilt, dass im Rahmen der jährlich obligatorischen Arbeitsschutz- und Brandschutzbegehung auch der Fachbereich Soziales beteiligt ist und in diesem Zusammenhang auch geprüft wird, ob die Mindeststandards eingehalten werden.

Frage 5: Wie wird die Beseitigung von Mängeln überprüft?

zu Frage 5:

Die Überprüfung der Beseitigung der Mängel obliegt den zuständigen Behörden der Landkreise und kreisfreien Städte. Nach Auskunft der Landkreise und kreisfreien Städte wird überwiegend für die Behebung der Mängel eine angemessene Frist gesetzt. Nach Ablauf der Frist erfolgt durch die zuständigen Behörden eine Nachkontrolle teilweise durch Vororttermine oder Mitteilung des Heimpersonals.

Frage 6: Wer betreibt die Gemeinschaftsunterkünfte und welche Laufzeit haben die Verträge? (bitte nach Heimen aufschlüsseln)

zu Frage 6:

Die Betreiber der Gemeinschaftsunterkünfte und die Laufzeiten der Verträge wurden bei den Landkreisen und kreisfreien Städten erfragt, und wie in der nachfolgenden Tabelle angegeben:

Landkreis/kreisfreie Stadt/ Gemeinschaftsunterkunft	Betreiber	Vertragslaufzeit
Brandenburg a. d. Havel	Kreisverband DRK Brandenburg	bis 31.12.2010
Cottbus	MW Malteserwerke gGmbH	bis 31.12.2012
Frankfurt (Oder)	Stadt Frankfurt (Oder),	Da die Stadt Frankfurt (Oder) selbst als Betreiber tätig ist, liegt kein Vertrag vor.
Potsdam	Diakonisches Werk Potsdam e. V.	bis 15.03.2014
Barnim	K & S – Dr. Krantz Sozialbau und Betreuung SE & Co.KG	bis 31.07.2015
Dahme-Spreewald	K & S – Dr. Krantz Sozialbau und Betreuung SE & Co.KG	unbefristet, Kündigungsfrist 6 Monate
Elbe-Elster	KS Gebäudemanagement GmbH	1-Jahres-Vertrag, Verlängerung jeweils 1 Jahr, Kündigungsfrist 6 Monate
Havelland	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Havelland e. V.	1-Jahres-Vertrag, Verlängerung jeweils 1 Jahr, Kündigungsfrist 3 Monate
Märkisch-Oderland	Sozialpark Märkisch-Oderland e. V.	unbefristet, Kündigungsfrist 6 Monate
Oberhavel	Landkreis Oberhavel	Da der Landkreis Oberhavel selbst als Betreiber tätig ist, liegt kein Vertrag vor. Der Mietvertrag für das Objekt ist befristet bis 31.12.2013.
Oberspreewald-Lausitz	European Homecare GmbH	bis 01.07.2012
Oder-Spree	Diakonisches Werk Oderland-Spree e. V.	unbefristet, Kündigungsfrist 3 Monate
Ostprignitz-Ruppin	KVW Beherbergungsbetriebe GmbH	bis 02.12.2010
Potsdam-Mittelmark	Arbeits- und Ausbildungsförderungsverband Potsdam-Mittelmark e. V.	unbefristet, Kündigungsfrist 3 Monate
Prignitz	Arbeiterwohlfahrt Prignitz gGmbH	1-Jahres-Vertrag, Verlängerung jeweils 6 Monate, Kündigungsfrist 3 Monate

Spree-Neiße	A & O Handels-, Dienstleistungs- und Vertriebsgesellschaft mbH, Cottbus	1-Jahres-Vertrag, Verlängerung jeweils 1 Jahr, Kündigungsfrist 3 Monate
Teltow-Fläming	Gesellschaft für stationäre, teilstationäre und ambulante Einrichtungen des Arbeiter-Samariter-Bundes mbH Königs Wusterhausen	1-Jahres-Vertrag, Kündigungsfrist 6 Monate
Uckermark	K & S – Dr. Krantz Sozialbau und Betreuung SE & Co.KG	bis 30.06.2011

Frage 7: Wie viele Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge sind im Heim und wie viele außerhalb des Heimes untergebracht? (bitte nach Unterbringungsform und nach Landkreisen in Asylsuchende und Geduldete aufschlüsseln)

zu Frage 7:

Nach Auskunft der Landkreise und kreisfreien Städte sind Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften und Wohnungen, wie in nachfolgender Tabelle dargestellt, untergebracht:

	Gemeinschaftsunterkunft		Wohnungen	
	Asylsuchende	Geduldete	Asylsuchende	Geduldete
Brandenburg a. d. Havel	20	54	3	45
Cottbus	38		56	
Frankfurt (Oder)	28	51	19	31
Potsdam	41	64	10	5
Barnim	42	58	44	52
Dahme-Spreewald	147		115	
Elbe-Elster	19	66	9	6
Havelland	49	40	0	11
Märkisch-Oderland	50	110	1	53
Oberhavel	68	48	57	20
Oberspreewald-Lausitz	37	84	1	29
Oder-Spree	43	67	8	73
Ostprignitz-Ruppin	65	26	2	32
Potsdam-Mittelmark	81	61	4	26
Prignitz	entfällt		79	
Spree-Neiße	36	81	14	7
Teltow-Fläming	44	102	28	5
Uckermark	38	79	5	17

Im Landkreis Prignitz werden alle Asylsuchenden und geduldeten Flüchtlinge in Wohnungen untergebracht.

Frage 8: Wie viele Anträge auf Auszug aus dem Heim wurden gestellt und wie viele wurden abgelehnt?

zu Frage 8:

Im Jahr 2010 wurden nach Auskunft der Landkreise und kreisfreien Städte Anträge auf Auszug aus der Gemeinschaftsunterkunft gestellt und abgelehnt wie in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

	Gestellte Anträge	Davon abgelehnt
Brandenburg a. d. Havel	Eine entsprechende Statistik wird hierüber nicht geführt.	
Cottbus		
Frankfurt (Oder)	4	0
Potsdam	1	1
Barnim	6	1
Dahme-Spreewald	4	1
Elbe-Elster	2	0
Havelland	2	1
Märkisch-Oderland	0	0
Oberhavel	12	4
Oberspreewald-Lausitz	8	1
Oder-Spree	20	7
Ostprignitz-Ruppin	1	1
Potsdam-Mittelmark	7	0
Prignitz	entfällt	
Spree-Neiße	3	1
Teltow-Fläming	0	0
Uckermark	0	0

Frage 9: Wie wird die dezentrale Unterbringung von der Landesregierung gefördert?

zu Frage 9:

Das Land Brandenburg erstattet den Landkreisen und kreisfreien Städten für die Unterbringung und Betreuung der aufgenommenen Personen sowie der nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu gewährenden Leistungen - unabhängig von der Art der Unterbringung - pro Leistungsbezieher eine Jahrespauschale.

Frage 10: Welche Leistungsform (Bar- oder Sachleistungen) erhalten

a) Asylsuchende / Geduldete in Gemeinschaftsunterkünften

b) Asylsuchende / Geduldete in Wohnungen?

(bitte nach Landkreisen in Asylsuchende und Geduldete aufschlüsseln)

zu Frage 10:

Die Angaben der Landkreise und kreisfreien Städte in der nachfolgenden Tabelle zeigen, dass Asylsuchenden und geduldeten Flüchtlingen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten, schon jetzt überwiegend Barleistungen gewährt werden:

	Gemeinschaftsunterkünfte		Wohnungen	
	Asylbewerber	Geduldete	Asylbewerber	Geduldete
Brandenburg a. d. Havel	Barleistungen	Barleistungen	Barleistungen	Barleistungen
Cottbus	Sachleistungen	Barleistungen	Barleistungen	Barleistungen
Frankfurt (Oder)	Barleistungen	Barleistungen	Barleistungen	Barleistungen
Potsdam	Barleistungen	Barleistungen	Barleistungen	Barleistungen
Barnim	Wertgutscheine und Barleistungen	Wertgutscheine und Barleistungen	Wertgutscheine und Barleistungen	Barleistungen
Dahme-Spreewald	Barleistungen	Barleistungen	Barleistungen	Barleistungen
Elbe-Elster	Barleistungen	Barleistungen	Barleistungen	Barleistungen
Havelland	Wertgutscheine und Barleistungen	Wertgutscheine und Barleistungen	Barleistungen	Barleistungen
Märkisch-Oderland	Barleistungen	Barleistungen	Barleistungen	Barleistungen
Oberhavel	Wertgutscheine und Barleistungen	Wertgutscheine und Barleistungen	Wertgutscheine und Barleistungen	Wertgutscheine und Barleistungen
Oberspreewald-Lausitz	Wertgutscheine und Barleistungen	Barleistungen	Wertgutscheine und Barleistungen	Barleistungen
Oder-Spree	Wertgutscheine und Barleistungen	Wertgutscheine und Barleistungen	Wertgutscheine und Barleistungen	Barleistungen
Ostprignitz-Ruppin	Barleistungen	Barleistungen	Barleistungen	Barleistungen
Potsdam-Mittelmark	Sach- und Barleistungen	Sach- und Barleistungen	Barleistungen	Barleistungen
Prignitz	Barleistungen	Barleistungen	Barleistungen	Barleistungen
Spree-Neiße	Barleistungen	Barleistungen	Barleistungen	Barleistungen
Teltow-Fläming	Barleistungen	Barleistungen	Barleistungen	Barleistungen
Uckermark	Wertgutscheine und Barleistungen	Barleistungen	Wertgutscheine und Barleistungen	Barleistungen

Frage 11: Wie bewertet die Landesregierung das Sachleistungsprinzip?

zu Frage 11:

Mit dem Koalitionsvertrag für die 5. Legislaturperiode des Brandenburger Landtags wird befürwortet, dass die Kommunen das Sachleistungsprinzip durch Geldleistungen ersetzen können. Nach geltendem Recht ist dies uneingeschränkt nur durch eine Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes möglich. Die Landesregierung sieht die damalige politische Begründung bei Schaffung des Sachleistungsprinzips zur Begrenzung ungesteuerter Flüchtlingszuwanderung aufgrund der rückläufigen Zugangszahlen als nicht mehr sachdienlich an.

Das Sachleistungsprinzip schränkt die eigenständige Lebensgestaltung der Betroffenen ein und erschwert ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Die auf Bundesebene im Koalitionsvertrag für die 17. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages

festgelegte Evaluierung des Asylbewerberleistungsgesetzes im Hinblick auf das Sachleistungsprinzip wird deshalb seitens der Landesregierung begrüßt.

Frage 12: Wie ist die medizinische Versorgung von Flüchtlingen organisiert?

zu Frage 12:

Flüchtlinge erhalten als Asylbewerberinnen und Asylbewerber Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (ausführlich im Report „Gesundheit für Alle – Brandenburger Beiträge zur gesundheitlichen Situation von Zugewanderten“ des MASGF, 2009).

Die Leistungen werden durch die Sozialämter der Landkreise und der kreisfreien Städte als zuständige Behörden ermöglicht. Die Asylbewerber und Asylbewerberinnen erhalten nach Vorsprache auf dem Sozialamt einen Krankenschein, den sie für die ärztliche bzw. zahnärztliche Behandlung vorlegen müssen. Die Vergütung der Versorgungsleistungen richtet sich nach den Verträgen der Kassenärztlichen Vereinigungen und Krankenkassen im Rahmen des SGB V (§ 72).

Nach § 4 AsylbLG besteht ein Anspruch auf die erforderliche ärztliche und zahnärztliche Behandlung bei akuten Erkrankungen oder Schmerzzuständen. Sonstige Leistungen, die im Einzelfall zur Sicherung der Gesundheit unerlässlich sind, können nach § 6 AsylbLG gewährt werden, insbesondere wenn Folgeerkrankungen, Verschlechterungen oder dauerhafte gesundheitliche Beeinträchtigungen drohen.

Eingeschränkt ist die Versorgung mit Zahnersatz. Diese wird nur im Einzelfall aus unaufschiebbaren medizinischen Gründen gewährt.

Medizinisch und zahnmedizinisch gebotene Früherkennungsuntersuchungen und empfohlene Schutzimpfungen werden durch die zuständige Behörde (Sozialämter der Landkreise und der kreisfreien Städte) sichergestellt. Diese sind:

- Früherkennungsuntersuchungen während der Schwangerschaft, Leistungen zur Entbindung und Pflege nach der Geburt,
- medizinische Früherkennungsuntersuchungen (wie im Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenkassen, u.a. U-Untersuchungen für Kinder, Untersuchungen zur Krebsfrüherkennung),
- die von der Ständigen Impfkommission (StlKo) empfohlenen Schutzimpfungen und darüber hinaus für Erwachsene, nach individuellem Risiko, auch weitere Impfungen.

Nach vier Jahren Aufenthalt in Deutschland und Bezug von Grundleistungen nach § 3 AsylbLG werden Asylbewerber und Asylbewerberinnen gesetzlich krankenversichert.

Zur Unterstützung der medizinischen Versorgung fördert die Landesregierung den Fachberatungsdienst für Zuwanderung, Integration und Toleranz (FaZIT). Auf Informationsveranstaltungen werden Flüchtlinge durch qualifizierte Mediatorinnen und Mediatoren jeweils in ihren Muttersprachen und kultursensibel zu Themen der Gesundheitsförderung und Prävention sowie über das deutsche Gesundheitssystem informiert.

Zur Verbesserung der psychosozialen Versorgung von Flüchtlingen konnte das Projekt „Kooperation für traumatisierte, psychisch kranke und schutzbedürftige Flüchtlinge“ unter der Trägerschaft des Behandlungszentrums für Folteropfer e. V. im November 2009 in Fürstenwalde seine Arbeit beginnen. Das Projekt wird aus Mitteln des europäischen Flüchtlingsfonds und des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie gefördert. Die Angebote dieser Fachstelle richten sich an traumatisierte und psychisch erkrankte Flüchtlinge im Land Brandenburg. Das Projekt arbeitet im engen Kontakt mit dem Büro der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg ebenso wie dem zuständigen Fachreferat im Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz.

Frage 13: Ist die schulische Bildung der Kinder von Flüchtlingen gewährleistet? Wie viele Kinder von Flüchtlingen besuchen eine Schule? (bitte nach Schultypen aufschlüsseln)

zu Frage 13:

Die schulische Bildung der Kinder von Flüchtlingen ist gewährleistet. Diese Tatsache basiert auf § 36 Abs. 2 Brandenburgisches Schulgesetz (BbgSchulG), der bestimmt, dass „schulpflichtig auch die jungen Menschen sind, denen aufgrund eines Asylantrages der Aufenthalt im Land Brandenburg gestattet ist oder die hier geduldet werden“. Die ausführende Schulpflichtruhenverordnung vom 30. November 1998 (GVKL.II S.86) regelt, dass die Vollzeit- bzw. die Berufsschulpflicht nach Stellung des Asylantrages bis zum Verlassen der Erstaufnahmeeinrichtung ruht (entsprechend auch für Bürgerkriegsflüchtlinge). Besteht keine Verpflichtung, in einer Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen, endet das Ruhen der Schulpflicht sechs Wochen nach Erteilung einer entsprechenden Aufenthaltserlaubnis. Während des Ruhens der Schulpflicht besteht jedoch in jedem Fall das Recht auf Schulbesuch. Das Ruhen der Schulpflicht hat insbesondere die Funktion, dass sich die Kinder zunächst ohne „erzwungenen“ Schulbesuch mit der neuen Umgebung vertraut machen können.

Zum Stichtag der Schuldatenerhebung allgemeinbildender Schulen vom 21.09.2009 (Stichtag der Schuldatenerhebung beruflicher Schulen: 30.10.2009) ergeben sich die Zahlen der Kinder von Flüchtlingen, die eine Schule besuchen, wie in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

Schultyp	Anzahl der Schüler
Grundschulen	33
Oberschulen	22
Gesamtschulen	2
Realschulen	0
Gymnasien	10
Förderschulen	3
ZBW	0
Berufliche Schulen	16
Insgesamt	86

Quelle: amtliche Schuldatenerhebung des MBJS für das Land Brandenburg für das Schuljahr 2009/2010

Frage 14: Wie viele Integrationskurse zum Erlernen der deutschen Sprache wurden bisher durchgeführt? Wie viele Personen nahmen daran teil? Wie viele berechnigte Personen gibt es?

zu Frage 14:

Die Berechtigung zur Teilnahme an einem Integrationskurs ist in § 44 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) geregelt. Danach haben Flüchtlinge grundsätzlich keinen Anspruch auf Integrationskursteilnahme. Einen Anspruch haben lediglich die nach § 25 Abs. 1 oder Abs. 2 AufenthG anerkannten Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie die nach § 23 Abs. 2 aufgenommenen Flüchtlinge, wie z. B. die im Rahmen des Resettlements nach Brandenburg gekommenen irakischen Flüchtlinge.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist für Finanzierung und Koordinierung der Integrationskurse im ganzen Bundesgebiet, so auch im Land Brandenburg zuständig. Die Statistiken des BAMF erlauben keine Aussage über die Zahlen der teilnehmenden Flüchtlinge. Nach Auskunft der Außenstelle des BAMF in Eisenhüttenstadt weist die Asylentscheidungsstatistik des BAMF lediglich eine Zahl zu anerkannten Flüchtlingen aus. Bei Statistiken der Integration wird nur nach Berechtigten (§ 44 AufenthG) - da fließen die anerkannten Flüchtlinge mit ein - und Verpflichteten (§ 44a AufenthG) unterschieden, ganz gleich ob es ehemalige Asylsuchende, langfristig Aufenthaltsberechtigte oder

Neuzugewanderte sind. Einziges Erfassungskriterium ist der gesetzlich garantierte Anspruch auf Integrationskursteilnahme und ein dauerhafter Aufenthalt des Sprachkursteilnehmers/der Sprachkursteilnehmerin, d. h. eine Aufenthaltserlaubnis von mehr als 1 Jahr.

Frage 15: Wie viele Alphabetisierungskurse wurden bisher durchgeführt? Wie viele Personen nahmen daran teil? Wie viele berechnigte Personen gibt es?

zu Frage 15:

Alphabetisierungskurse sind eine besondere Form von Integrationskursen. Auch für diese zielgruppenspezifischen Kurse gelten die Ausführungen zu Frage 14.

Frage 16: Welche Anschlussprojekte nach den Integrationskursen gibt es bereits? Welche sind geplant?

zu Frage 16:

Es wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

Frage 17: Wie wird der Besuch von Integrationskursen zum Erlernen der deutschen Sprache und Alphabetisierungskursen von der Landesregierung gefördert?

zu Frage 17:

Wie der Antwort zu Frage 14 zu entnehmen ist, ist das BAMF im Rahmen der hierzu aufgeführten gesetzlichen Bestimmungen für die Durchführung von Integrationskursen zuständig. Die Landesregierung ist der Auffassung, dass das Erlernen der deutschen Sprache die Grundlage zur Integration von Flüchtlingen ist. Es liegen jedoch keine Erkenntnisse vor, die eine zusätzliche Förderung zum Besuch von Integrationskursen durch anspruchsberechtigte Flüchtlinge notwendig erscheinen lassen.